



Liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer naht und damit auch die große Sommerpause. Mit meinem ersten Newsletter in 2009 möchte ich Sie über einige Ereignisse meiner Arbeit im ersten Halbjahr 2009 informieren.

An dieser Stelle möchte ich auch auf die Europawahl am kommenden Sonntag, 7. Juni 2009 hinweisen. Gehen Sie wählen!

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht

Ihr Ronald Schminke

**Nicht vergessen:
Am Sonntag
ist Europawahl!**

Internationaler Tag des Waldes – Niedersachsen auf dem Holzweg!

„Die Landesregierung betrachtet unseren Wald zunehmend als reines Wirtschaftsgut. Auf der einen Seite beteuert Minister Ehlen die Bedeutung des Waldes für den Klimaschutz, auf der anderen Seite wird gerade in den Landesforsten die Säge angesetzt“, so lautet die scharfe Kritik des forstpolitischen Sprechers der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Ronald Schminke.

„Der politische Wille dieser Landesregierung ist es offenbar, so viel Kapital wie möglich aus dem niedersächsischen Wald zu schlagen. Mit der Umwandlung der Landesforsten in eine Anstalt öffentlichen Rechts im Jahr 2005 wurden knallharte kaufmännische Ziele formuliert, die auch umgesetzt werden«, führt Schminke weiter aus. Geschäft und Strategie, nachhaltige Vermögensbildung, Rentabilität und Liquidität seien die Schlagworte, nach denen mit unserem Wald jetzt umgegangen würde. Erklärtes Ziel der Landesregierung sei es, bis 2014 durch den Verkauf von Wald und Liegenschaften einen Betrag von 132 Mio. Euro zur Konsolidierung des Landeshaus-

haltes durch die Anstalt niedersächsischer Landesforsten zu erwirtschaften.

Der internationale Tag des Waldes sollte der Landesregierung Anstoß zum Umdenken sein«, fordert Schminke »wir können nicht

von jedem einzelnen Bürger einen Beitrag zum Klimaschutz abfordern und gleichzeitig durch schlechtes Beispiel die Waldbewirtschaftung nur noch rein ökonomisch ausrichten«. Der gesellschaftliche Wert des Waldes wird für die Menschen durch einen vernünftigen Zugang und die guten Erholungsmöglichkeiten sowie durch Schutzmaßnahmen für Pflanzen und Tiere sichtbar und erlebbar. Diese Zielsetzungen würden bei der Landesregierung stark vernachlässigt. ■



**Aktuelle Informationen:
www.ronald-schminke.de**

Bahnübergang in Erbsen gesichert

Nach langem Hin und Her ist zumindest der Bahnübergang in Erbsen finanziell gesichert. Die Deutsche Bahn AG verkündete, dass für einen Bahnübergang in Erbsen bereits 2010/2011 Investitionsmittel vorhanden seien. Nun kann der Bau einer Schrankensicherungsanlage beginnen. Andere erwünschte Bahnübergänge könnten jedoch vorerst nicht realisiert werden. ■



Die CDU-Bildungspolitik schafft jeden

Landauf landab löst die verfehlte Bildungspolitik der Landesregierung Proteste aus. Mit der beabsichtigten Änderung des Schulgesetzes leiten die Regierungsfractionen das nächste desaströse Kapitel ein:

Nach der missglückten Einführung des Abiturs nach 8 Jahren an den Gymnasien sollen nun auch die Gesamtschulen gezwungen werden, das Turbo-Abitur für einen Teil ihrer Schülerinnen und Schüler zu übernehmen. Damit kommt es zu einer Spaltung der Schülerschaft in den Gesamtschulen, ein umfassender integrativer Unterricht ist nicht mehr möglich. Deshalb ist die Schulgesetzänderung ein Affront gegen die Gesamtschulen.

Entgegen der Wahlversprechen sollen erfolgreiche Konzepte wie die Volle Halbtagsschule dem Rotstift geopfert werden.

Die Regierungsfractionen planen, dieses Gesetz im Juni durchzupfeitschen, obwohl das Gesetz landesweit auf Widerstand stößt. Vom Landeschülerrat, vom Landeselternrat, von der Mehrheit der schulpolitischen Verbände und sogar von CDU-Kommunalpolitikern hagelt es Ablehnungen. Der Elternwille wird mit Füßen getreten. Dafür werden die Regierungsparteien ihre Quittung erhalten. Der Protest gegen diese Schulpolitik

Die SPD-Landtagsfraction fordert nach wie vor:

- die Einstellung von 2.000 zusätzlichen Lehrkräften für eine bessere Unterrichtsversorgung, für mehr Ganztagschulen und für kleinere Klassen,
- die Möglichkeit, das Abitur an Gesamtschulen weiterhin nach 13 Jahren zu absolvieren,
- den Erhalt der Vollen Halbtagsschulen,
- die Abschaffung der Verpflichtung der Fünfzügigkeit bei Neueinrichtungen von Gesamtschulen *sowie*
- die Schaffung von 2.000 zusätzlichen Plätzen an den Studienseminaren. ■



Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraction besucht VW

Der Arbeitskreis "Wirtschaft, Arbeit und Verkehr" der SPD-Landtagsfraction bei Volkswagen: die Abgeordneten informierten sich aus erster Hand unter anderem beim Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Bernd Osterloh über die Problematik VW-Porsche. Ferner waren die aktuelle Wirtschaftskrise und die Probleme der Zuliefererindustrie ein Thema.

Die SPD-Abgeordneten legten großen Wert darauf, dass es bei einer Landesbeteiligung in Höhe von 20% durch das Land Niedersachsen am VW-Konzern bleibt, um das erfolgreiche Modell Volkswagen und damit zahlreiche Arbeitsplätze nicht zu gefährden. "VW darf nicht zum Spielball der Börsenzocker werden, wir brauchen Verlässlichkeit", erklärte Ronald Schminke. ■



Zu Besuch beim Wolfsburger Autobauer: Das VW-Gesetz muss erhalten bleiben, fordert Ronald Schminke (2. v. r.) mit seinen Kollegen.

Hinter die Mauer geschaut: Schminke und Brunotte besuchen JVA Göttingen

Seit Juni 2007 ist in Rosdorf eine der neuesten und sichersten Justizvollzugsanstalten in Betrieb. Grund genug für Ronald Schminke und seinen Landtagskollegen Marco Brunotte, Sprecher der SPD-Fraktion für Justizvollzug und Straffälligenhilfe, einen genaueren Blick hinter die Mauern zu werfen.

Erstaunen erweckte die Helligkeit und Freundlichkeit der JVA, trotz schwerster Sicherheitstechnik. Dieses Ambiente diene einem der obersten Ziele der JVA, der Resozialisierung von Straffälligen. Auch deshalb wird in der neuen JVA Rosdorf großer Wert auf den Ausbau vielfältiger Freizeit- und Weiterbildungsmöglichkeiten gelegt. „Wer Menschen wie Tiere einsperrt, hat es bei der Entlassung mit Bestien zu tun“, erklärt Anstaltsleiter Schütze. Bedauernswert sei aber, dass derzeit nur 55% der Insassen Arbeitsdienste angeboten werden könne.

Obwohl in der Hauptanstalt 308 Haftplätze zur Verfügung stehen, war man im letzten Jahr überbelegt. Denn Armut, verursacht durch Wirtschaftskrise und Co. macht auch vor schweren Toren nicht halt: „Immer weniger Menschen können Geldbußen bezahlen und wählen anstatt dessen die Ersatzhaft. Das ist unglaublich“, so Schütze.

Insbesondere der offene Jugendvollzug in Göttingen machte großen Eindruck auf die Landtagsabgeordneten. „Nicht aufgeben! Es lohnt sich für jeden Einzelnen!“ lautet hier die Devise.



Bild: Ronald Schminke befragt JVA- Häftling zu den Arbeitsverhältnissen in den gefängnisinternen Werkstätten

„Wir helfen Probleme zu lösen, die sich für die meisten Menschen gar nicht stellen“, erzählt Melanie Hacker, Pädagogin und stellvertretende Abteilungsleiterin. Es gehe hier vor allem darum, straffällig gewordenen Jugendlichen beizubringen, wie man mit sich und der Umwelt umgeht und wie man den eigenen Alltag bewältigt. Man setzt dabei auf individuelle Förderungspläne mit den Schwerpunkten Leben und Lernen, Bildung und Ausbildung, sowie Freizeiterziehung. Unter Nutzung der örtlichen Infrastruktur soll jedem Jugendlichen eine Grundausbildung vermittelt werden.

Möglich ist aber auch der Abschluss eines Lehrberufes in den eigenen Ausbildungswerkstätten. Rückfällig wird nur jeder Dritte, das sind gute Erfolgchancen verglichen mit dem geschlossenen Vollzug.

„Der Dienst der hier für die Gesellschaft geleistet wird, ist unschätzbar“, so Schminke. Gefallen haben ihm besonders die Metallarbeiten der Jugendlichen. Brunotte und er möchten sich daher für die Ausstattung der Werkstatt mit einer CNC-Fräsmaschine einsetzen, welche heutzutage zur Grundausstattung einer Ausbildungswerkstatt zählen sollte, aber bisher nicht genehmigt worden ist. Mit nach Hannover nehmen die beiden auch die Forderung nach finanziellen Mitteln, um notwendige Renovierungsarbeiten beginnen bzw. abschließen zu können. ■



Bild: Siegfried Löprick, Helmut Schütze, Marco Brunotte und Ronald Schminke (v.r.n.l.)

Aus Land und Region

Thema: Werraversalzung

Weser-Werra Vertrag: „Gegen niedersächsische Interessen!“

Die Ziele des im März 2008 einberufenen RUNDEN TISCH Gewässerschutz Weser/Werra, Beibehaltung des Produktionsniveau der Kalierzeugung mit gleichzeitigem Umweltschutz, werden wohl nur einseitig verwirklicht. Mit dem Vertragswerk vom 28.01.2009 zwischen den Ländern Hessen und Thüringen mit der K+S AG scheint es, als wäre man nur einem Ziel, der Bestandsicherung der Kaligewinnung näher gekommen, während der Umweltschutz kurz kommt. Der Vertrag sieht die Einleitung von Salzwässern flussabwärts oder die Verlegung einer Salzfernleitung in die Nordsee vor. Unterschiedliche Einleitmöglichkeiten werden derzeit geprüft, darunter auch zwei Stellen in die Weser bei Hann. Münden sowie eine weitere bei Höxter. Als Vorteil wird eine Entlastung der Werra genannt. „Wenn bereits die Werra kaputt ist, dürfen wir uns nicht auch noch die Weser kaputt machen lassen,“ erklärt Ronald Schminke.



Der Landtagsabgeordnete befürchtet schwerwiegende Folgen für Fischerei und Tourismus: „Wer will denn hier noch Urlaub machen, wenn der Fluss tot ist?“

Schminke übt scharfe Kritik an der Informationspolitik von K+S. Immer wieder umgehe der Konzern den RUNDEN TISCH und beteilige ihn nicht an wichtigen Entscheidungen. Der RUNDE TISCH wiederum reagiere viel zu lasch.

„Wir müssen uns wehren“, so Ronald Schminke. Er will nun Informationskampagnen starten und Fischereigenossenschaften sowie Naturschutz-, Landwirtschafts- und Tourismusverbände mobilisieren. Auch Umweltminister Ehlen wird von

Schminke aufgefordert den Druck zu erhöhen und eine Klage wegen Verletzung der Wasserrahmenrichtlinie der EU anzustrengen. Schließlich wurde der Vertrag zwischen den Ländern Hessen und Thüringen mit der K+S AG gegen das Votum aus Niedersachsen gebilligt. „Das Vertragswerk ist eine Riesensauerei und verstößt eklatant gegen die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie“ ärgert sich Schminke. Harsche Kritik hagelt es auch aus den Fraktionen der CDU und der Grünen. Umweltminister Sander nahm das Vertragswerk „mit großem Bedauern“ zur Kenntnis und behält sich weitere juristische Schritte vor.

Mit dem Vertrag werden der K+S zwar verschärfte Umweltauflagen erteilt, allerdings wurden Fristen und Umweltziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht berücksichtigt bzw. umgangen. Weiterhin wurden Zugeständnisse gemacht, die in die Interessen der Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bremen eingreifen. Aufgrund der Schnelligkeit, mit der dieser Vertrag unterzeichnet wurde, geht Ronald Schminke davon aus, dass eine öffentliche Diskussion vermieden werden sollte. Dann würde nämlich aufgedeckt, dass bereits heute mithilfe entsprechender Gerätschaften und Anlagen eine saubere Kaliproduktion ohne wasser- vergiftende Abwässer möglich ist. ■

Hintergrund:

Seit Jahren kämpfen Politik, Umweltverbände und Bürgerinitiativen um verbindliche Umweltauflagen seitens der K+S AG. Bei der Kaliproduktion fallen erhebliche Mengen fester und flüssiger Rückstände an. Die festen Rückstände werden überwiegend aufgehaldet, die flüssigen Rückstände aus Produktion und Aufhaldung werden derzeit zum Teil in den Plattendolomit versenkt und zum anderen Teil in die Werra, in geringem Umfang in die Fliede, eingeleitet. Mit schweren Folgen für Natur und Umwelt, denn die Flüsse Werra und Weser weisen hohe Salzkonzentrationen auf, so dass neben Tier- und Pflanzenwelt, auch unser Grundwasser stark gefährdet ist. ■

Aus der Region

Schwarzarbeit: Regelmäßige Kontrollen durch Hauptzollamt nötig!

Wenn in Südniedersachsen von 530 kontrollierten Bauarbeitern insgesamt 98 illegal beschäftigt wurden, sind regelmäßige Kontrollen unabdingbar“, erklärte SPD Landtagsabgeordneter Ronald Schminke.

Das Ergebnis sei insbesondere für die gebeutelte heimische Bauwirtschaft niederschmetternd und ein Beleg dafür, dass viele öffentliche Auftraggeber ohne jedes Schamgefühl immer den gerade billigsten Anbieter beauftragen würden.

Schminke: „Der Europäische Gerichtshof hat uns mit seiner Entscheidung gegen die Zulässigkeit von Tariftreueklauseln das Leben nur erschwert. Das Urteil hat die Billiglohnkonkurrenz erneut mobilisiert und ermutigt, ihre menschenverachtende Ausbeutung zu Dumpinglöhnen verstärkt durchzuführen.“



Trotzdem gebe es weiterhin eine Mindestlohnmenge, die auch für ausländische Arbeitnehmer Gültigkeit habe. Die öffentlichen Auftraggeber

kontrollierten diesen aber erst gar nicht. Sofern dann das Hauptzollamt hin und wieder bei den Kontrollen Schwarzarbeit feststelle, würden die Kommunen von der Auftragssumme Strafge­lder einbehalten. Somit sei die Baumaßnahme am Ende insgesamt noch günstiger erstellt worden.

Schminke: „Mir kocht das Blut, wenn ich sehe, wie hier mit dem heimischen Baugewerbe umgegangen wird! Ich habe die Sorge, dass auch ein Großteil der Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm bei unseren Baubetrieben nicht ankommt und stattdessen diejenigen einen Aufschwung erleben, die ausschließlich Dumpinglöhne zahlen und die bei uns natürlich auch keine Gewerbesteuern zahlen.“

Die Untätigkeit der Hauptverwaltungsbeamten sei unerträglich, wettete Schminke. Dabei habe man die Zustände tagtäglich direkt vor den Augen. Normal müssten bei den Baustellenbetreuern aus den Hoch- und Tiefbauämtern, bei Ingenieuren und Architekten sämtliche Alarmglocken angehen, aber eine festgestellte Schwarzarbeiterquote von 18,5% bringe diesen Damen und Herren immer noch nicht in Schweiß und das sei der eigentliche Skandal. ■

Ausgewählte Termine im Juni, Juli und August 2009

07. Juni	Wahl des Europäischen Parlaments
08. - 09. Juni	Klausurtagung der SPD-Fraktion in Hann. Münden
16.- 18. Juni	Plenum
Juli	Sommerpause
02.- 03. August	Bereisung des Arbeitskreises für Landwirtschaft und Ernährung
28. August	Plenum

Dieser Newsletter wird in der Regel einmal pro Quartal erscheinen. Gerne können Sie den Newsletter an Interessierte weiterleiten.

Wenn Sie die elektronische Information abbestellen wollen, schreiben Sie einfach eine Email an info@ronald-schminke.de mit dem Betreff „Newsletter abbestellen“.

Gerne können Sie sich mit Fragen, Vorschlägen oder anderen Anliegen an mich oder mein Büro wenden. Wir freuen uns auf Ihre Hinweise.

Impressum

Herausgeber: Ronald Schminke, MdL
V. i. S. d. P.: Ronald Schminke, MdL
Redaktion: Marcel Riethig, Maja Reusch